

39**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Oktober 1980

Den Blick nach vorn richten

CDU und CSU gehen mit jener Geschlossenheit in die neunte Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, mit der sie den Wahlkampf bestritten haben. „In der Fortsetzung dieser Einigkeit“ — so hat Altbundeskanzler Kiesinger, der Ehrenvorsitzende der CDU Deutschlands, gesagt — „liegt die große Chance der Union für die kommenden Jahre.“

Wir richten unseren Blick nach vorn. Der Wahlkampf hat gezeigt, daß die Union in den entscheidenden Sachfragen deutscher Politik in der Offensive ist. Wir wollen — und werden — es bleiben, erklärte Helmut Kohl in Bonn.

Schmidt kann weiterregieren — mit Hilfe der FDP. Aber der Bundeskanzler muß sich über eines im klaren sein: Der Blick des Bürgers für die innen- und außenpolitischen Herausforderungen, denen unser Land in den 80er Jahren ausgesetzt sein wird, ist wesentlich geschärft.

Das Wahlergebnis macht jedenfalls deutlich, daß die Bürger in ihrer Mehrheit keinen Machtzuwachs für die SPD, keinen weiteren Schritt in Richtung „SPD-Staat“ wollen. Für diese Entscheidung der Wählermehrheit kann es nur einen Grund geben: Mißtrauen gegenüber den immer unverhüllter zutage tretenden sozialistischen und neutralistischen Strömungen in der Partei des Bundeskanzlers —

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ INFORMATION

Doch CDU-Sieg in St. Wendel

Seite 3

■ DEUTSCHLAND-POLITIK

Union ist bereit, vernünftige Entscheidungen mitzutragen

Seite 5

■ BUNDESPARTEI

30 Jahre CDU — Erbe und Auftrag

Seite 5

■ DDR

Rund 9 Milliarden DM flossen nach Ost-Berlin

Seite 11

■ SOZIALES

Arbeitsmarktabgabe ist verfassungswidrig

Seite 12

■ BILDUNG

Schmude hat versagt — Defizite in allen Bereichen

Seite 13

■ ENTWICKLUNGSHILFE

Union kritisiert Kürzung der Mittel für Aus- und Fortbildung

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Hochschulforschung und Konsolidierung der Hochschulen

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Mißtrauen gegenüber dem im Wahlkampf verkündeten Versprechen Schmidts, die SPD könne unseren Bürgern „Sicherheit für die 80er Jahre“ verbürgen.

Wird die FDP der großen Verantwortung, die ihr die Wähler am 5. Oktober auf die Schultern gelegt haben, gerecht werden? Der FDP-Vorsitzende Genscher hat in der Wahlnacht des öfteren betont, es komme ihm und seiner Partei darauf an, aus den FDP-Wählern vom 5. Oktober „Stammwähler“ der FDP zu machen. Das ist ein anspruchsvolles, ja ein kühnes Wort. Denn es verpflichtet die FDP zu einer strikten Politik der Mitte — zu einer weitaus entschiedeneren „Abgrenzung nach links“, als sie Genscher und seine Partei in den vergangenen Jahren jemals gezeigt — und gewagt — haben.

Das gilt für alle Bereiche der Politik — auch für die Bildungs- und Schulpolitik, für die Rechtspolitik, für Fragen der inneren Sicherheit. Im Blick auf die Erfahrungen, die unser Land gerade auf diesen Gebieten mit der FDP hat machen müssen, habe ich meine Zweifel, ob die FDP den von ihrem Vorsitzenden erhobenen Anspruch, die FDP-Wähler vom 5. Oktober auch in Zukunft an die Partei zu binden, in die Wirklichkeit umsetzen kann. Wir werden die FDP in den kommenden Jahren an nichts anderem als an ihren Taten messen.

Alle Probleme der deutschen Politik, die wir im Wahlkampf beschrieben haben, sind geblieben. Sie drängen auf Lösung. Das werden schwierige Lösungen sein. Der innere Zustand von SPD und FDP ist ja nicht so, daß man erwarten kann, daß da eine kraftvolle Politik geführt wird. Aber das ist sozusagen das Thema der anderen.

Unser Thema ist konstruktive Opposition, keine Obstruktion. Für uns gibt es eine klare Reihenfolge: Wir haben auch als Opposition unserem Vaterland zu dienen und dann erst in zweiter Linie unsere parteipolitischen Perspektiven im Auge zu behalten. Und so fassen wir diese Opposition auf.

Wir werden immer dann, wenn es um die Zukunft des Landes geht, bereit sein, unsere Verantwortung zu tragen, genau wie in den vergangenen vier Jahren auch. Aber wir sind in gar keiner Weise ein Hilfsaggregat der Regierung oder ein Sauerstoffgerät, das man dann einsetzen kann, wenn die Regierung nicht über die Hürden kommt.

Kurs der Union wird nicht geändert

Eine sachliche, aber konsequente Opposition wird die CDU/CSU nach Meinung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Friedrich Zimmermann im neuen Bundestag darstellen. Es könne für die Union überhaupt keine Frage sein, den eingeschlagenen Kurs nicht fortzusetzen, schreibt Zimmermann im „Bayernkurier“. „Die politischen Ereignisse werden die Union und Franz Josef Strauß eher bestätigen, als uns allen lieb sein wird“, heißt es in dem Artikel weiter. So sei der Bevölkerung seit Jahren eingeredet worden, wie „herrlich doch die Zeiten der Entspannung“ seien. Wenige Tage nach der Bundestagswahl habe die DDR-Führung den Mindestumtausch so drastisch erhöht, daß von einer „Abschottung“ gesprochen werden könne. Die DDR sei offensichtlich nur deshalb so daran interessiert gewesen, daß Schmidt Kanzler bleibt, weil sie „größere Willfähigkeit“ gegenüber der eigenen Politik erwarte.

■ INFORMATION

Doch CDU-Sieg in St. Wendel

Mehr als eine Woche nach der Bundestagswahl ist im saarländischen Wahlkreis 247 (St. Wendel) endgültig entschieden worden, daß der CDU-Kandidat Johannes Ganz direkt gewählt ist. Nach der nochmaligen Auszählung und Überprüfung von mehr als 2 000 Stimmzetteln stellte der Kreiswahlausschuß einen Vorsprung von 331 Stimmen für den CDU-Kandidaten gegenüber dem SPD-Bewerber Helwin Peter fest, für den nach der Wahl ein Vorsprung von 27 Stimmen errechnet wurde. Damit ist dieser Wahlkreis zum siebtenmal in ununterbrochener Folge von der CDU erobert worden. Die Zahl der Direktmandate im Saargebiet lautet nunmehr: CDU = 2, SPD = 3 Sitze.

Solidarität europäischer Christdemokraten

Zur Bundestagswahl 1980 schickte die Parteiführung der Democrazia Christiana Helmut Kohl folgendes Telegramm: „Wir möchten Ihnen und Ihrer Partei unsere herzlichsten Glückwünsche für den errungenen Wahlerfolg zum Ausdruck bringen, der Sie und Ihre Freunde in der CSU als erste politische Kraft Ihres Landes bestätigt. Wir bekräftigen unsere politische und persönliche Solidarität und sind zuversichtlich über die positive Entwicklung unserer Zusammenarbeit in Europa und in der Welt. Ihnen und den Freunden in der CDU und allen gewählten Personen gilt unser herzlichster Gruß und Glückwunsch.“ (gez. Flaminio Piccoli und Arnaldo Forlani)

Angesichts der Herzlichkeit dieser Botschaft, die noch ergänzt wurde durch die telegraphischen Wünsche des Generalsekretärs der EUCD, des italienischen Christdemokraten Guiseppa Petrilli, erklärte Helmut Kohl in einem Antwortschreiben u. a.:

Ich möchte Ihnen persönlich und Ihren Kollegen, aber auch Ihrer ganzen Partei dafür aus ganzem Herzen danken und weiß, daß meine Dankbarkeit von allen deutschen Christlichen Demokraten geteilt wird.

Die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien ist gerade in den letzten Monaten für uns deutlich geworden.

Die moralische Unterstützung, die Sie uns gerade auch in Ihren Grußbotschaften haben zuteil werden lassen, wird uns bei den schweren Jahren weiterer Oppositionstätigkeit stärken und uns das Gefühl geben, trotz des für uns unbefriedigenden Wahlausgangs im freien Europa in einem festen Verbund von gleichgesinnten Freunden zu stehen.

Preis für guten Lokaljournalismus

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zum erstenmal einen mit 20 000 Mark dotierten Preis für guten Lokaljournalismus verliehen. Der erste Preis, der anlässlich des fünften Kongresses der deutschen Lokalpresse durch den Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel verliehen wurde, entfiel mit 6 000 Mark auf die Lokalredaktion der „Lübecker Nachrichten“. Den zweiten und dritten Preis mit 4 000 bzw. 2 500 Mark erhielt die Lokalredaktion Geldern der „Rheinischen Post“ und die Lokalredaktion der „Stuttgarter Nachrichten“. Außer-

dem gingen drei Sonderpreise für hervorragende Einzelleistungen an Gisela Kind („Oberbergische Volkszeitung“/„Kölnische Rundschau“), Gert Lenhardt („Speyerer Rundschau“/„Die Rheinpfalz“) und Bernd J. Schorn („Badische Neueste Nachrichten“).

Zusammenschluß der CD-Parteien in den Niederlanden

In einem Telegramm an den neu gewählten Vorsitzenden des Zusammenschlusses der drei christlich-demokratischen Parteien der Niederlande, Piet Bukmann, erklärte Helmut Kohl, die CDU Deutschlands begrüße diese Vereinigung und wünsche der neuen Partei viel Erfolg. Sie besitze nunmehr eine hervorragende Ausgangsposition für die niederländischen Parlamentswahlen im kommenden Jahr. „Die gemeinsamen Programmgrundlagen, die sich Ihre Partei jetzt gegeben hat, werden den fruchtbaren und freundschaftlichen Dialog zwischen unseren beiden Parteien ebenso wie die Arbeit der EVP und der EUCD fördern.“

Immer neue Kernkraftwerke in Ost und West

Die Sowjetunion wird in drei bis vier Jahren Kernreaktoren am Fließband bauen. In Südrußland entsteht derzeit am Wolga-Don-Kanal ein Werk, das nach seiner Fertigstellung pro Jahr acht Kernreaktoren mit einer Leistung von je 1 000 Megawatt produzieren soll. Auch an unserer westlichen Grenze erhöht Frankreich zügig seine Kernkapazität auf mehr als 40 000 Megawatt im Jahre 1985. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen wird noch nicht einmal die Hälfte dieser Kapazität errei-

chen. Darauf machte Heinz Riesenhuber, MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses Energie und Umwelt der CDU, aufmerksam und wies darauf hin, daß die Grenzen des Ausbaus der Steinkohle aus dem Jahrhundertvertrag zwischen Steinkohlebergbau und Energieversorgungsunternehmen erkennbar sind.

Die Steinkohle wird bestenfalls ihren Anteil an unserer Energieversorgung halten, nicht aber Öl verdrängen. Auch die Grenzen des Erdgaseinsatzes sowie neuer Energien und Energieeinsparungen sind offensichtlich. Unser Wohlstand ist gefährdet, wenn die Nachbarländer uns in der sicheren Energieversorgung weit überholen. Die neue Bundesregierung wird auch daran zu messen sein, ob ihr eine sachgerechte Energiepolitik, frei von Ideologien, gelingen wird.

Tindemans weiter EVP-Präsident

Das politische Büro der Europäischen Volkspartei hat den Präsidenten dieses Zusammenschlusses von europäischen Parteien der Mitte, Leo Tindemans, in Brüssel einstimmig in seinem Amt bestätigt. Die neue Amtszeit des belgischen Politikers beträgt zwei Jahre.

Klausurtagung der CDU-Führung

Der erweiterte Bundesvorstand der CDU wird Ende November bei einer zweitägigen Klausurtagung die sachpolitischen Schwerpunktthemen für die Arbeit im kommenden Jahr festlegen. Dies beschloss die CDU-Führungsgremien in Bonn unter Leitung von Helmut Kohl.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Die Union ist bereit, vernünftige Entscheidungen mitzutragen

Mit tiefem Bedauern nimmt die CDU/CSU zur Kenntnis, daß die Zukunft der innerdeutschen Beziehungen sich immer mehr verdüstert, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundestages, Olaf von Wrangel. Der schwere Rückschlag für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist offenkundig.

Daraus müssen politische Konsequenzen gezogen werden. Vorrangig geht es jetzt darum, die menschlichen Kontakte im geteilten Deutschland gegen alle Zerstörungsversuche der SED-Machthaber zu verteidigen.

Die Opposition ist selbstverständlich bereit, in einer derartigen Existenzfrage unseres Volkes und unserer Nation ihren konstruktiven Beitrag zu leisten. Da die Bundesregierung — belastet von der Hypothek ihrer bisherigen Politik — Schwierigkeiten hat, eine angemessene und wirksame Antwort auf Honeckers Herausforderung zu geben, ist die CDU/CSU bereit, vernünftige Entscheidungen mitzutragen.

Notwendig ist vor allem ein neuer methodischer Ansatz, dem eine realistische Bestandsaufnahme vorangehen muß. Die Bundesregierung muß sich endlich dazu bereit finden, die innerdeutschen Beziehungen als einheitliches Ganzes zu behandeln.

Dem DDR-Regime muß klargemacht werden, daß restriktive Maßnahmen in Teilbereichen sich auch auf die anderen Bereiche fühlbar auswirken werden.

Gegenüber der konsequenten Abgrenzungspolitik der SED muß jetzt ebenso konsequent eine Gegenstrategie entwickelt werden. Dies gilt um so mehr, als weitere Abschottungsmaßnahmen keineswegs auszuschließen sind. Nicht zufällig versucht z. B. Ost-Berlin gegenwärtig, den Telefonverkehr ins Gerede zu bringen.

Die Bundesregierung muß jetzt daran gehen, das vorhandene Instrumentarium für eine Gegenstrategie zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu schaffen. Das betrifft die wirtschaftlichen und finanziellen Bereiche ebenso wie die Möglichkeiten auf internationaler Ebene. Herrn Honecker muß deutlich gemacht werden, daß er die Vorteile der innerdeutschen Beziehungen nur dann weiterhin genießen kann, wenn er zur Geschäftsgrundlage zurückkehrt. Diese Geschäftsgrundlage ist als „Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zum Wohle der Menschen“ im Grundlagenvertrag fixiert.

Wenn diese Geschäftsgrundlage von der DDR einseitig zerstört wird, muß überlegt werden können, ob dadurch nicht auch anderen vertraglichen Vereinbarungen die Grundlage entzogen wird. Es ist richtig: Verträge müssen gehalten werden — aber nur, wenn der

andere Vertragspartner sie nicht faktisch aufkündigt. Eine Reduzierung der Straßenbenutzungspauschale und des „Swing“ wären dann nur erste Maßnahmen auf dem Weg, eine Vertragstreue der DDR zu erzwingen. Weitere Schritte wären möglich, und für die Zukunft hätte zu gelten: keine Vorschüsse, sondern Erfolgshonorare.

Die Regierung wäre gut beraten, Anregungen der CDU/CSU ernsthaft zu prüfen. Hier geht es weder um Rechthaberei noch um Gesichtswahrung. Hier geht es darum, gegenüber dem seit langem schwersten Anschlag auf den Zusammenhalt der deutschen Nation die politische Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

Nachgiebigkeit ist nicht Entspannung

Zum gleichen Thema erklärte der Abgeordnete Alois Mertes: Gemeinsamkeit zwischen Regierung und Opposition gegenüber der juristischen Aggression des SED-Regimes gegen den innerdeutschen Frieden ist jetzt geboten. Wir dürfen dabei nicht wieder Gefangene der Worte „kalter Krieg“ und „Entspannung“ werden. Festigkeit ist nicht kalter Krieg, Nachgiebigkeit nicht Entspannung.

Für die DDR-Führung bedeutet Entspannung die Fortführung des kalten Krieges mit anderen Mitteln. Sie will nach den steinernen und finanziellen Mauern jetzt eine juristische Mauer zwischen beiden Teilen Deutschlands errichten. Die unmenschlichste Grenze der Erde soll, ginge es nach der DDR-Führung, endgültiges Völkerrecht werden.

Verheerend wäre eine Rückkehr der

Bundesregierung zu der falschen Alternative „juristischer Formelkram oder menschliche Erleichterungen“. Alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland vertreten in den Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit und der Ständigen Vertretungen in den innerdeutschen Beziehungen eine gemeinsame Rechtsauffassung und stellen diese in den Dienst der offenen deutschen Frage, bei der es im Kern um Menschenrechte und Frieden geht.

Die Bundesregierung hat in der parlamentarischen Beratung des innerdeutschen Grundvertrags zur deutschen Staatsangehörigkeit und zur besonderen Rechtsnatur der Ständigen Vertretungen in Ost-Berlin und Bonn bindende Versprechungen gegeben, an denen sie die Opposition jetzt messen wird. Worte wie „Entspannung“ und „Normalisierung“ in den innerdeutschen Beziehungen sind dann unaufrichtig und irreführend, wenn Bonn und Ost-Berlin darunter inhaltlich Gegensätzliches verstehen, aber so tun, als ob man das gleiche wolle.

Die CDU/CSU verfolgt die Linie: Abmachungen mit der DDR und ihren Verbündeten müssen eindeutig und ausserwogen sein. Unwiderrufliche staatsrechtliche Leistungen Bonns als Preis für widerrufliche menschliche Erleichterungen Ost-Berlins sind unannehmbar.

Forderungen der Jungdemokraten und Jungsozialisten zur deutschen Staatsangehörigkeit zeigen, daß die Gefahr einer neuen innenpolitischen Konfrontation in der Ostpolitik — wie Anfang der 70er Jahre — nicht gebannt ist. Die CDU/CSU will keine Wiederholung dieser Konfrontation. Es liegt an der SPD/FDP-Koalition, die Grundlagen der Gemeinsamkeit nicht erneut — wie im Wahlkampf — zu erschüttern.

■ BUNDESPARTEI

Erbe und Auftrag

Dreißig Jahre Christlich Demokratische Union Deutschlands

Von Helmut Kohl

Vor dreißig Jahren wurde die Christlich Demokratische Union gegründet. Auf ihrem Gründungsparteitag in Goslar vom 20. bis 22. Oktober 1950 — Konrad Adenauer regierte bereits seit einem Jahr als Kanzler die Bundesrepublik Deutschland — haben sich die unmittelbar nach dem Kriege spontan entstandenen lokalen und regionalen Gliederungen der CDU zu einer Bundespartei zusammengeschlossen.

Damit setzte die CDU einen neuen Anfang in der deutschen Geschichte: „Als Volkspartei ist sie die Antwort auf die Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Freiheit und Menschlichkeit sollen sich nicht wieder in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen verlieren. Konfessionelle Gegensätze sollen überwunden werden. Die CDU gibt dafür das Beispiel. Die Menschen in Deutschland haben verstanden, daß die Zeit der Klassenkämpfe und Gesinnungskriege vorbei ist. Sie sind dem Aufruf gefolgt, den geistigen und materiellen Wiederaufbau gemeinsam in Angriff zu nehmen“ — so formuliert das Grundsatzprogramm im Jahre 1978 den Auftrag der CDU.

Die CDU ist entstanden in schwerer Zeit. Die Idee einer christlich-demokra-

tischen Union ist geboren im Widerstand gegen die Tyrannei Hitlers, erhärtet in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Dieses Gesetz des Anfangs hat die CDU geprägt. In diesem Geiste hat sie die junge Bundesrepublik Deutschland gestaltet: zu einem freiheitlichen und sozialen Gemeinwesen, zu einer wehrhaften Demokratie, die den Feinden der Freiheit — von rechts wie von links — entschlossen entgegentritt; zu einem Staate, der seinen Platz suchte und fand im Bündnis freier Völker.

Die Zeiten haben sich geändert, der Auftrag bleibt. Die CDU wird auch in Zukunft ihr unverwechselbares Profil gewinnen durch eine Integration christlich-sozialer, liberaler und konservativer Strömungen. Die CDU ist und bleibt die große Volkspartei der Mitte. Die Erinnerung an unsere Anfänge kann uns dabei erneut lehren, daß eine Volkspartei, wie wir sie verstehen, nicht Allerweltpartei bedeutet, die allen alles verspricht, sondern einem ethischen Anspruch verpflichtet ist und daß sie deshalb von den Bürgern auch Opfer verlangen kann und muß.

Der Druck von Zukunftsproblemen für unser Land nimmt zu. Ein nie gekannter Schuldenberg, ein dramatischer Geburtenrückgang, die Gefährdung des Generationenvertrages, verschlechterte Zukunftschancen der Jugend, eine un-

gesicherte Energieversorgung, ein verschärfter Nord-Süd-Konflikt, schwere Rückschläge in der Ost-West-Entspannung: Bei vielen Bürgern entsteht der Eindruck, daß die Problemlage wachsen, während Lösungen nicht in Sicht sind.

Wenn wir diese Probleme bewältigen wollen, brauchen wir wieder einen neuen Sinn für das Gemeinsame. Die Bürger sind bereit, für die Gemeinschaft und für die Zukunft Verzicht und Opfer zu leisten, wenn beide nur einsichtig begründet werden. Jeder Bürger muß wieder Gewißheit haben können, in welcher Haltung, in welchem Geiste, nach welchem Leitbild wir unsere gemeinsamen Aufgaben anpacken werden. Die

Menschen erwarten heute mehr denn je, daß die Parteien Zielvorstellungen entwickeln, die dem Ganzen mehr verpflichtet sind als Einzel- und Gruppeninteressen.

Mit der CDU hat sich in der deutschen Geschichte eine Idee durchgesetzt:

- **die Idee, daß das Gemeinsame stärker ist als das Trennende;**
- **die Idee, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind;**
- **die Idee, daß Frieden und Freiheit nur gemeinsam mit den westlichen Verbündeten zu sichern sind.**

Dies ist unser Erbe. Dies bleibt unser Auftrag.

Bernhard Worms soll Nachfolger von Heinrich Köppler werden

Landesvorstand und Landeskonzferenz der CDU Rheinland haben am Freitag, 10. Oktober 1980, unter Leitung des amtierenden Landesvorsitzenden Konrad Grundmann über die Situation der CDU NRW nach der Bundestagswahl beraten und in programmatischer und personeller Hinsicht den 34. Landesparteitag der CDU Rheinland am 8. November in Köln vorbereitet.

Folgende Ergebnisse wurden gebilligt:

1. Das Ergebnis der Bundestagswahl wie auch der vorhergegangenen Landtagswahl stellt an die zukünftige Arbeit der CDU besondere Ansprüche. Die CDU Rheinland wird sich dieser Herausforderung stellen und ihre ganze Arbeit darauf konzentrieren, wieder wählerstärkste politische Kraft in unserem Lande zu werden.

2. Wenn das nordrhein-westfälische Ergebnis trotz des negativen Gesamt-

trends günstiger als in anderen Flächenländern der Bundesrepublik ausfiel, so ist dies nicht zuletzt dem besonderen persönlichen Einsatz des Spitzenkandidaten Rainer Barzel zu verdanken. Die CDU Rheinland spricht ihren Dank aus und bittet ihn, den rheinischen Landesverband im Bundespräsidium zu vertreten.

3. Nach dem Verzicht von Konrad Grundmann, für das Amt des Landesvorsitzenden zu kandidieren, und seiner Erklärung, daß er die Erfahrungen als stellvertretender Landesvorsitzender dem neuen Vorsitzenden — wie seinerzeit Heinrich Köppler — zur Verfügung stellen werde, begrüßen Landesvorstand und Landeskonzferenz die Bereitschaft von Dr. Bernhard Worms zur Kandidatur. Beide Gremien empfehlen dem Landesparteitag einstimmig die Wahl von Bernhard Worms.

■ KOALITION

Bremer Polizei von SPD im Stich gelassen

Politiker haben Rechtsbrecher hoffähig gemacht, und die Polizei kann ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen. Diese aufsehenerregende Feststellung des Bremer Polizeipräsidenten Diekmann (SPD) hat nochmals das Bremer Landesparlament beschäftigt. Das Problem umriß am deutlichsten der CDU-Abgeordnete Cassens. Schon seit langem herrsche in der Polizei Verbitterung darüber, daß sie ständig diffamiert werde. Diekmann habe endlich die Dinge beim Namen genannt: Rechtsbrüche werden hingenommen, mit Hausbesetzern werden Duldungsverträge abgeschlossen, die Bremer Universität bildet einen faktischen Freiraum gegen polizeiliche Ordnungs- und Überwachungsmaßnahmen. „Es ist wahr — unsere Polizeibeamten fühlen sich bei rechtmäßig hoheitlichem Handeln allein gelassen“, rief Cassens aus, und diese vom Polizeipräsidenten skizzierte „innenpolitische Misere“ müsse der SPD-Politik und dem Bremer Senat unter Koschnick angelastet werden.

Teure Versäumnisse

Mit beißender Kritik hat der niedersächsische Wirtschaftsminister, Frau Breuel (CDU), in Hamburg die Haltung des Hamburger Bürgermeisters Klose (SPD) in der Frage der künftigen Stromversorgung der Hansestadt bedacht. Sie halte es nicht für „die feine Art“, wenn der Bürgermeister sich gegen den Ausbau der Kernenergie ausspreche und anschließend mit „naivem Gesicht“ hinstelle und ein neues Kohlekraftwerk

möglichst auf schleswig-holsteinischem oder niedersächsischem Boden wünsche.

Auch die baden-württembergische SPD-Landtagsfraktion lehnt weiterhin den Bau neuer Kernkraftwerke in Baden-Württemberg ab. Der zusätzliche Energiebedarf im Land muß nach ihrer Auffassung durch Kohlekraftwerke gedeckt werden.

Wie teuer die Verzögerung des Ausbaus der Kernenergie ist, errechnete jetzt Bayerns Staatsminister für Wissenschaft und Verkehr, Anton Jaumann: Von Kernkraftwerken heutiger Bauweise erzeugter Strom ist um mehr als 4 Pf/kW/h billiger als vergleichbarer Strom aus Kohlekraftwerken. Werden der Bau und damit die Inbetriebnahme eines 1300-MW-Kernkraftblocks um ein Jahr verzögert, so muß der Verbraucher allein wegen dieser höheren Stromgestehungskosten eine um insgesamt rund 300 Mio. bis 350 Mio. DM höhere Stromrechnung bezahlen.

Fehlplanungen führen zu Verteidigungsdefizit

Verteidigungspolitik der beiden Bonner Koalitionsparteien haben auf alarmierende Finanzierungslücken im Wehretat hingewiesen. Der SPD-Abgeordnete Werner Buchstaller bezifferte den Fehlbetrag mit rund zehn Milliarden Mark und machte dafür vor allem das Tornado-Projekt und das Fregatten-Programm verantwortlich. Dagegen erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch:

Wenige Tage nach der Bundestagswahl lesen sich solche Bekenntnisse aus dem Regierungslager natürlich höchst befremdlich; denn man erinnert sich noch sehr gut daran, daß die Bundesre-

gierung, flankiert von den beiden Koalitionsparteien SPD und FDP, alles getan hat, um die der Nato fest zugesagte Aufstockung des Verteidigungshaushalts um real drei Prozent zu verhindern. Erst unter dem Afghanistan-Druck mußte sich Bonn entschließen, in einem Nachtragshaushalt wenigstens die größten Lücken in der Munitionsbevorratung zu schließen und zusätzliche Mittel für die gestiegenen Treibstoffkosten bereitzustellen.

Wer nunmehr Zeter und Mordio schreit, sollte zunächst einmal prüfen, ob die hohen Defizite, die jetzt sichtbar werden, nicht auf eigenen Fehlplanungen beruhen.

Jetzt formiert sich die „Parlamentarische Linke“

Seit die Jusos 1969 bei ihrem Bundeskongreß verkündet haben, sie seien die SPD der 80er Jahre, ist der marxistische Flügel der SPD unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Schon bei dem Berliner SPD-Wahlparteitag konnten in den wichtigsten Fragen — dem Nachrüstungsbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses und der Sicherstellung der Energieversorgung — keine Beschlüsse mehr gegen sie durchgesetzt werden. Verabschiedet wurden Formelkompromisse, in denen die linken Optionen enthalten waren. Gleichwohl stimmte fast die Hälfte der Delegierten von der linken Seite gegen diese Kompromisse und verkündete siegesgewiß, das nächste Mal werde die „reine Lehre“ die Mehrheit hinter sich haben.

Der Unionsabgeordnete Rudolf Kraus erklärte hierzu: Die Warnungen der Union vor dieser Entwicklung wurden jetzt erneut bestätigt. Die jetzt rund 70 Abgeordnete starke Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat sich be-

reits unter dem Namen „Parlamentarische Linke“ organisiert. Die Kanzlermehrheit der Koalition ist damit genauso gefährdet wie in der abgelaufenen Wahlperiode.

Die FDP wird jetzt beweisen müssen, daß ihren Wahlparolen auch Taten folgen. Das gilt vor allem für Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der in den letzten Monaten als „Erhard der 80er Jahre“ wortgewaltig durch die Lande zog. Ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung?

Kloses SPD kapitulierte vor Kommunisten

Der kürzlich bekanntgewordene Beschluß des Hamburger Beamtenernennungsausschusses, acht kommunistische Lehrer zu Beamten auf Lebenszeit zu ernennen, sei eine Kapitulation vor den Verfassungsfeinden, erklärte Benno Erhard, Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Beschluß sei mit unserer Verfassung nicht vereinbar, die eine besondere Treuepflicht des Beamten gegenüber dem Staat fordere. Den Kommunisten wird die Möglichkeit geboten, auf legalem Wege die Kinder in den Schulen in ihrem Sinne politisch zu indoktrinieren.

Am Beispiel Hamburgs wird ein langfristig angelegtes strategisches Konzept sichtbar. Die lange umstrittene Ernennung wurde drei Tage nach der Wahl durchgesetzt, als zwei Mitglieder des Ausschusses, die der Berufung von Kommunisten zu Beamten auf Lebenszeit kritisch gegenüberstehen, in Urlaub waren. Die Wähler von SPD und FDP werden sich in Zukunft auf ähnliche Nachwahlentscheidungen gefaßt machen müssen.

■ DDR

Rund 9 Milliarden DM flossen nach Ost-Berlin

Die „DDR“ hat in den vergangenen zehn Jahren von der Bundesrepublik und West-Berlin mindestens rund neun Milliarden Mark kassiert. Dies ergibt sich nach Angaben der Zeitung „Die Welt“ aus entsprechenden Unterlagen des Bonner Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

Ein Großteil der fortdauernden Zahlungen sind Ost-Berlin durch Nachfolgevereinbarungen des Grundlagenvertrags garantiert. Allein die zu entrichtende Pauschalsumme aus dem Transitabkommen beträgt jetzt jährlich 400 Millionen Mark.

Insgesamt machen die Pauschalleistungen des Bundes an die DDR nach dem seit 1972 praktizierten Transitabkommen bis heute rund 3,1 Milliarden Mark aus. Hinzu kommen seit 1976 Kostenbeteiligungen des Bundes an Investitionen zur Verbesserung des Straßenverkehrs, Eisenbahnverkehrs und Wasserstraßenverkehrs von mehr als 1,1 Milliarden Mark. Allein im laufenden Haushaltsjahr sind für die entsprechenden Maßnahmen der DDR Zuschüsse von 317,5 Millionen Mark vorgesehen.

An sogenannten mittelbaren Leistungen (Erstattung von Steuerausgleichsabgaben, Visagebühren, Einreisegenehmigungsgebühren) hat Bonn zugunsten der DDR in den vergangenen zehn Jahren 468,3 Millionen Mark aufgebracht.

1979 beispielsweise mußte die Bundesregierung 6,7 Millionen für die Erstattung von Visagebühren bei Reisen von und nach Berlin und von Westdeutschen in die DDR überweisen. 18 Millionen gingen für Einreisegebühren von Westberlinern an die DDR.

An Verkehrsabgaben und Transitgebühren erhielt die DDR in den vergangenen zehn Jahren zusätzlich von Privatreisenden vor allem auch von Transportreisen deutscher Wirtschaftsunternehmen 282,7 Millionen Mark. Hinzu kommen für diesen Zeitraum noch Straßenbenutzungsgebühren in Höhe von weiteren 238,9 Millionen. Die Bundespost und die Bundesbahn zahlten in den vergangenen Jahren für Dienstleistungen der DDR rund 628,6 Millionen Mark.

Die finanziellen Auswirkungen der bestehenden Umsatzsteuervergütung für Lieferanten aus der DDR brachten dem Bund in den vergangenen zehn Jahren Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 2,8 Milliarden Mark. Im vergangenen Jahr machte der Ausfall im Bonner Etat 210 Millionen Mark aus. Mit einem Steuerausfall in gleicher Höhe wurde auch für den laufenden Etat 1980 gerechnet.

Zinslose Überziehungskredite der Bundesbank (Swing) hat die DDR im Jahresdurchschnitt in Höhe von 748 Millionen Mark in Anspruch genommen.

■ SOZIALPOLITIK

Arbeitsmarktabgabe ist verfassungswidrig

Inhalt der kommenden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP wird auch die Frage einer eventuellen Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Beamte, Richter und Soldaten — wie sie von Bundesarbeitsminister Ehrenberg geplant ist — sein.

Nachdem sich immer deutlicher ein Milliardendefizit der Bundesanstalt für Arbeit im kommenden Jahr abzeichnet, sucht er verzweifelt nach neuen Einnahmequellen für die zunehmend in Finanznot geratene Bundesanstalt, erklärte MdB Heinz Franke, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der drohende Finanzierungssaldo der Bundesanstalt für Arbeit 1981 von mindestens sechs Milliarden Mark kann angesichts der astronomischen Staatsverschuldung nicht mehr durch Bundeszuschüsse ausgeglichen werden.

Bei solider Finanzierung der wachsenden Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit — 1981 werden voraussichtlich im Jahresdurchschnitt rund 1,1 Millionen Arbeitslose zu unterstützen sein — wäre an sich eine Beitragserhöhung unausweichlich. Der Minister versucht aber, diese unangenehme Konsequenz zu vermeiden und durch einen neuen Finanztrick die fehlenden Milliarden herbeizuzaubern: Die Selbständigen, Beamten, Richter und Soldaten — angeblich privilegiert — sollen nun auch zur Kasse gebeten werden. Als geeignetes Instrument hält Ehrenberg die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe

bereit, die von dem betroffenen Personenkreis — zunächst — zum halben Beitragssatz erhoben werden soll.

Unbeeindruckt von den zahlreichen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die der Bundesregierung Verfassungsverstöße attestiert haben, setzt sich der Minister rigoros über schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Selbständige und Beamte hinweg.

Der Hinweis des Ministers, daß auch Beamte und Selbständige einschließlich ihrer Familienangehörigen die für jedermann bereitstehenden Serviceleistungen der Bundesanstalt für Arbeit, etwa die Berufsberatung, in Anspruch nehmen könnten, vermag diese Sondersteuer nicht zu rechtfertigen. Derartige der Allgemeinheit zugute kommende Leistungen sind nach unserem Verfassungsrecht aus allgemeinen Steuermitteln, also über den Bundeshaushalt, zu finanzieren. Die vom Bundesminister Ehrenberg geplante Sondersteuer für Beamte und Selbständige ist willkürlich und verstößt gegen den Gleichheitssatz des Artikels 3 Grundgesetz. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. März 1974 (Bundesverfassungsgerichtsentscheidung, Band 37, S. 1 ff.) ist eine solche „parafiskalische Abgabe“ nur dann zulässig, wenn eine „spezifische Beziehung“ zwischen dem Kreis der Abgabepflichtigen und dem mit der Abgabeerhebung verfolgten Zweck besteht.

Eine solche besondere Sachnähe der Selbständigen und Beamten zur Gruppe der Arbeitslosenversicherungspflichtigen ist jedoch nicht zu begründen. Die CDU/CSU wird sich jeder Initiative widersetzen, bei der nicht vorher der Verdacht der Verfassungswidrigkeit ausgeräumt ist.

BILDUNG

Schmude hat versagt — Defizite in allen Bereichen

Die Finanzierung wichtiger bildungs- und wissenschaftspolitischer Aufgaben, wie des Studentenwohnheimbaus, des Hochschulbaus, der Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und des Bundesausbildungsförderungsgesetzes durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ist nach den derzeitigen Erkenntnissen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsicher geworden und in Frage gestellt.

Dafür sprechen nicht nur Hinweise aus den Ländern und aus dem Bundesministerium der Finanzen, sondern auch die unklaren und ausweichenden Antworten, die die Bundesregierung auf die entsprechenden Kleinen Anfragen der CDU/CSU gegeben hat, erklärt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Anton Pfeifer. Sie zeigen auf, daß Minister Schmude immer mehr gezwungen ist, aus einem halbleeren Etattitel die Lächer in anderen halbleeren Etattiteln zu stopfen.

So behauptet das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft beispielsweise in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU zum Hochschulbau, zumindest alle begonnenen Vorhaben könnten im Jahre 1981 im Hochschulbau weitergeführt werden. Andererseits gibt das gleiche Ministerium in seiner Antwort auf unsere Kleine Anfra-

ge zur tatsächlichen Finanzsituation im Haushalt des BMBW aber zu, daß ein erheblicher Teil der im Einzelplan 31 gesperrten Mittel „voraussichtlich bei den Ausgaben für den Aus- und Neubau von Hochschulen eingespart werden“ müsse.

Bundesminister Schmude muß zugeben, daß die BAFÖG-Förderungsmittel nicht ausreichen werden. Ähnlich bedrückend ist auch das Defizit bei der Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsplätze. Hier gibt der Minister zu, daß den zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 172 Mio. DM Verpflichtungen aus Bewilligungsbescheiden in Höhe von 236,4 Mio. DM gegenüber stehen. Auch hier drückt er sich um eine umfassende Antwort und gesteht lediglich ein, daß die Antragssumme zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsplätze sogar auf 400 Mio. DM angewachsen und das Finanzierungsloch also unüberschaubar tief geworden ist und deshalb die nur unzureichend zur Verfügung stehenden Förderungsmittel „gegebenenfalls gestreckt werden“ müssen.

Ähnlich trist sieht die Situation bei der Finanzierung des Studentenwohnheimbaus aus, wo mittlerweile zu Semesterbeginn Tausende von Studenten, obwohl sie einen Studienplatz haben, befürchten müssen, ihr Studium nicht ordnungsgemäß beginnen zu können, weil sie keine Unterkunft finden.

■ ENTWICKLUNGSHILFE

Union kritisiert Kürzungen bei den Mitteln für die Aus- und Fortbildung

Mit der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1981 werden in diesen Wochen die Weichen für die Sachpolitik des kommenden Jahres gestellt. Angesichts der Verschuldung und der Kassenlage der Bundesrepublik Deutschland müssen eindeutige politische Prioritäten gesetzt werden, erklärte MdB Volkmar Köhler.

Offenbar will aber der Bundesfinanzminister die gegenwärtige Abwesenheit des Parlaments ausnutzen, um einen Überroll-Haushalt zu präsentieren, in dem wichtige Leistungsbereiche eingefroren werden. An die Stelle politischer Entscheidungen treten damit buchhalterische Festlegungen, an denen die Abgeordneten nur noch wenig ändern können, wenn sie ihre Arbeit aufnehmen.

Besonders groß ist diese Gefahr im Bereich der Entwicklungspolitik, zumal der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wenig Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Finanzministerium besitzt. Der Stand der Verhandlungen für den Entwicklungshilfeetat 1981 gibt Anlaß zu großer Besorgnis.

Zwar wird das Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe wiederum steigen, und die Bundesregierung wird sich dessen hinlänglich rühmen, doch wird diese Steigerung überwiegend durch die Türkei-Hilfe und andere europäische Verpflichtungen bedingt.

Im eigentlichen Entwicklungshilfereich erzwingt das Finanzministerium dagegen unsachgemäße Kürzungen. Es ist zu befürchten, daß besonders die Mittel für Aus- und Fortbildung so eng gehalten werden, daß damit den Anforderungen der Entwicklungsländer nicht entsprochen werden kann. Der entsprechende Titelanatz, der 1980 rund 85 Millionen Mark betrug, müßte sachgerecht auf weit über 100 Millionen Mark erhöht werden. Geplant ist aber nur eine marginale Steigerung, und die für die konkrete Arbeit wichtigen Programm-Mittel sollen gar nicht erhöht werden. In der Realität bedeutet das eine Leistungsminderung.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat immer wieder eine verstärkte Aus- und Fortbildung für Fach- und Führungskräfte der Entwicklungsländer gefordert, um die Menschen in diesen Ländern zu befähigen, ihre eigene Entwicklung zu vollziehen und zu tragen. Die voraussehbare Etatgestaltung steht in klarem Widerspruch zum Willen des Parlaments.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die noch im Juni dieses Jahres durch entsprechende Anträge eine Intensivierung dieser Sektoren der deutschen Entwicklungshilfe gefordert hat, wird den Versuch, das Parlament zu überrollen, nicht widerspruchslos hinnehmen.

■ AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER

Dogmatische Integrationspolitik fördert Ausländerfeindlichkeit

In zunehmendem Maße wird Besorgnis über eine wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik geäußert. Dazu hat möglicherweise auch eine dogmatische Integrationspolitik, wie sie teilweise im Schulbereich vertreten wird, beigetragen und bei Deutschen wie Ausländern bestehende Vorbehalte gestärkt und neues Unbehagen geweckt, stellt MdB Volker Rühle fest.

Die Forderung, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien sozial zu integrieren und ihnen zugleich die Möglichkeit zur späteren Rückkehr in ihre Heimatländer offenzuhalten, stellt auch an die Bildungspolitik hohe Anforderungen. Die Kinder der ausländischen Mitbürger müssen eine Schulausbildung erhalten, die für das Leben in Deutschland die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt, zugleich aber auch die Rückkehr in die Heimat nicht verbaut. Beide Grundsätze sind ebenso unverzichtbar wie die Forderung, die Qualität der schulischen Ausbildung für die deutschen Kinder nicht in unvertretbarer Weise zu gefährden.

Die Antwort auf die Herausforderung kann nicht in einer dogmatischen Integrationspolitik liegen. Die bestehenden Probleme werden in dem Maße verstärkt, wie schulpolitische Entscheidungen die Eltern sowohl ausländischer als

auch deutscher Kinder unter Druck setzen und deren teils begründete, teil unbegründete Vorbehalte gegen eine übereilte Integration bestätigen.

Wir müssen deutlich machen, daß es eine Grenze der Integrationsfähigkeit gibt. Eine verantwortungsvolle Politik muß sicherstellen, daß diese Grenze nicht überschritten wird. Eine Politik hingegen, die als vorrangiges Kriterium nur die Eingliederung in deutsche Regelschulklassen zum frühestmöglichen Zeitpunkt berücksichtigt, schadet sowohl den ausländischen als auch den deutschen Kindern.

Als Alternative zu einer dogmatischen Integrationspolitik, die das Unbehagen und die Vorbehalte bei allen Beteiligten eher vergrößert, wäre über ein Stufenmodell der Integration nachzudenken. Ausländische Kinder, die aus sprachlichen Gründen zunächst ihre schulische Ausbildung in Deutschland in reinen Ausländerklassen beginnen, könnten fächerweise von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße mit ihren deutschen Mitschülern gemeinsam unterrichtet werden. Dieser Weg sollte überall dort eröffnet werden, wo die Eltern dies wollen. Eine Schulpolitik nach diesem Stufenmodell würde den Wünschen deutscher wie ausländischer Eltern gerecht und die Folgen einer verfrühten, erzwungenen Integration vermeiden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Geplatzte Illusionen

Zehn Monate nach Afghanistan, in denen der Westen Europas, die Bundesrepublik Deutschland zumal, im Bann des Glaubens an die Teilbarkeit der Entspannung alte Détente-positionen zu sichern suchte, scheint sich die „Europäische Position“ des Kreml gründlich verändert zu haben.

Es konnte nie einen Zweifel daran geben, daß der Grundlagenvertrag in seiner humanitären Dimension zur Makulatur werden mußte, sobald er die ideologische und politische-praktische Funktionstüchtigkeit der DDR im Sowjetblock nach innen und nach außen in Gefahr brachte.

Ein unmittelbares Rezept der Abwehr und der Gegenwehr hat die Bundesregierung nicht, denn die „Geschäftsgrundlage“ der innerdeutschen Beziehungen, von Bonn mit einer Menge Goodwill und Vertrauen ausgestattet, ist nicht einklagbar. Ein rechtsverbindliches „linkage“ zwischen dem Buchstaben des Vertrages und dem Geist, in dem er angewendet wird, gibt es nicht, natürlich nicht.

Honecker wartete mit der Verkündung der Kurskorrektur bis zur Wiederwahl der Sozial-Liberalen in Bonn. Da jetzt zwischen Elbe und Oder russische Eliteregimenter vorsorglich Front zur polnischen Grenze machen, drängt sich die Frage, was nach der Wahl in den USA am 4. November kommt, unabweisbar auf.

Die Welt, 15. 10. 1980

In der Stunde der Wahrheit zeigt sich, daß die „Ostpolitik“, die im Westen nicht nur auf deutschem Boden praktiziert wurde, nun auf die Situation vor den Ostverträgen zurückgeworfen worden ist. Der „Modus vivendi“ ist zerbrochen.

Jedermann weiß, daß die erste Hälfte der achtziger Jahre eine besonders gefährliche Zeitspanne ist: In ihr gewinnt die sowjetische Militärrüstung jenes Übergewicht, das dazu ausreichen würde, den Westen unter Druck zu setzen. Dies freilich nur unter der Voraussetzung eines allzeit sicheren und stabilen sozialistischen Hinterlandes, in dem Ruhe und Botmäßigkeit herrschen. Eben daran fehlt es zur Zeit. Der Bruch mit der Politik der siebziger Jahre soll mit dem Faktor „sicheres Hinterland“ in Moskau wieder fest rechnen lassen. Für militärische Erpressungen Westeuropas ist später Gelegenheit.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 10. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postcheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD